Morgen- № 97. Ausgabe.

Berlin, Sonntag, den 26. Februar 1911.

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn,
für ganz Deutschland 9 Mk.
Oesterreich 13 Kr. 82 Hell., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Cts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
Für England in London bei Aug. Siegle 30 Lime Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Hotels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Ziehungslisten der Preußischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungstabellen mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:
Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Reklameteil 1 Mk.

Telegramm-Adresse: Börsenkrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Für den Monat März eröffnen wir ein besonderes Abonnement. Auswärts und in Berlin werden die Bestellungen zum Preise von 3 Mark bei allen Postanstalten, in Berlin zum Preise von 2 Mark 50 Pfg. — exkl. Botenlohn — bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren, sowie in unserer Expedition, Kronenstr. 37, entgegengenommen.

Vom Tage.

Nach dem Ergebnis der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Immenstadt ist Stichwahl zwischen Emminger (Z.) und Thoma (liberal) erforderlich.

Die Oesterreichische Delegation nahm das Budget des Ministeriums des Aeußern sowie eine Resolution an, in der die Regierung zur Unterstützung aller auf die Abrüstungsfrage bezüglichen Anregungen aufgefordert wird.

Wie aus Paris gemeldet wird, wird der Ministerrat morgen nachmittag die Entscheidung über das Verbleiben des Ministeriums im Amte treffen. Mehrere Mitarbeiter Briands äußerten die Absicht, mit ihm zurückzutreten.

Der serbische Ministerrat beriet über die Stellung des Kriegsministers, dessen Rücktritt von der serbischen Presse als die einzig mögliche Lösung in dem parlamentarischen Konflikt bezeichnet wird.

Kabinettskrise in Paris.

Nachrichten aus Paris zufolge hat der gestern zusammenberufene Ministerrat beschlossen, sich über das Verbleiben des Ministeriums im Amte erst nach dem Leichenbegängnis des Kriegsministers Generals Brun zu entscheiden. Der Ministerrat wird zu diesem Zwecke Montag nachmittag eine neue Sitzung abhalten. Die Beratung war kurz. Ministerpräsident Briand, dem sich die Minister Pichon, Dupuy und Girard entschieden zur Seite stellten, erklärte dem Präsidenten Fallières, daß die Abbröckelung der Mehrheit ihm angesichts der Schwierigkeit der dem Parlament gegenwärtig gestellten Probleme nicht erlaube, im Amte zu bleiben. Er gab weiter der Vermutung Ausdruck, daß ein Teil der Mehrheit nur einen Teil seines Programms annehmen würde. Der Präsident war demgegenüber lebhaft bemüht, die Demission des Kabinetts zu verhindern, jedoch schlossen sich die meisten Minister der Ansicht Briands an.

Schon seit geraumer Zeit ist das Kabinett Briand der Zielpunkt der Angriffe derjenigen gewesen, die wie Combes und seine Genossen in öden Prinzipien kein Verständnis für die realen Bedürfnisse des Staatslebens haben und nicht begreifen können, daß neben dem schließlich doch erfolgreich beendeten Kampf gegen die Uebergriffe der katholischen Kirche noch recht dringende andere Aufgaben ihrer Lösung harren, und ferner der Sozialisten, die dem früheren Genossen es nicht verzeihen können, daß er mit großer Sachkenntnis und lobenswerter Tatkraft die Interessen der Allgemeinheit gegen ihre Sonderinteressen verteidigt hat. Solange der Druck des sozialistischen Terrorismus noch fühlbar war, waren alle diese Anremplungen fruchtlos geblieben. Die Kammer scharte sich vertrauensvoll hinter dem starken Mann, unter dessen Schutz sie sich sicher fühlte, sodaß das Kabinett auch nach seiner Erneuerung, die infolge der Nachwirkungen des allgemeinen Eisenbahnerstreiks und behufs Durchführung wirksamerer Schutzmaßregeln gegen die Streikgefahren vorgenommen wurde, aus allen Proben siegreich hervorgehen konnte. Dieser Umstand bezeugte besser als theoretische Untersuchungen, daß Aristide Briand nicht nur verstanden hatte, die für die gegenwärtige politische Lage passenden und für seine Zwecke geeigneten Männer als seine Mitarbeiter um sich zu sammeln, sondern auch, daß er, der ehemalige sozialistische Schriftsteller und Abgeordnete, unter den gegenwärtigen Verhältnissen der rechte Mann am rechten Platze war und das Vertrauen einer starken Kammermehrheit in dem Sinne besaß, daß es ihm gelingen werde, der Beunruhigungen und Störungen Herr zu werden, die seit Jahren ununterbrochen von sozialistischer Seite inszeniert werden und oft genug das Verkehrs- und Wirtschaftsleben der Republik schwer geschädigt haben.

In Frankreich vergißt man aber sehr leicht, und es durchaus ist nicht verwunderlich, daß an Stelle des rücksichtslosen Vertrauens sofort herbe Kritik einsetzte, als die Dinge sich nicht so glatt abwickeln wollten, als die an stetige und mühsame Kleinarbeit nicht gewöhnte Kammer erwartet hatte. Dies trat schon in den letzten Wochen hervor, nachdem sich gezeigt hatte, daß zwischen dem Programm, das der Chef des Kabinetts unter den frischen Eindrücken des Generalstreikversuchs entwickelt hatte, und der Durchführung der für erforderlich gehaltenen gesetzgeberischen Abwehrmaßnahmen ein Abstand vorhanden war, der sich immer mehr zu erweitern schien. Nunmehr ist fraglich geworden, ob Herr Briand und die von ihm berufenen Mitarbeiter überhaupt in die Lage kommen werden, auch nur dieses abgeschwächte Programm zu verwirklichen. In der Freitags-Sitzung der Kammer hat es nämlich wieder eine Ueberraschung gegeben, aber eine Ueberraschung anderer Art, als man in den letzten Monaten wiederholt erlebt hat. Während sonst immer die Mehrheit für die Tagesordnung der Regierung größer war, als zu erwarten stand, ist diesmal das Gegenteil geschehen. Für die von dem Kabinett Briand unter Stellung der Vertrauensfrage empfohlene Tagesordnung hat sich eine Mehrheit von nur 26 Stimmen gefunden; ohne die Stimmen der Minister und der Unterstaatssekretäre wäre sie noch weit geringer ausgefallen! Es ist gewiß bezeichnend, daß die Regierung in einer Debatte über die Frage der Behandlung der geistlichen Orden katholischer Konfession diese schwere Einbuße ihres Ansehens erlitten hat. Die sozialistische Gefahr scheint verschwunden und damit ist den Schönrednern und Phrasenhelden wieder ein weites Feld geboten, in Kulturkampfdebatten vor den Wählern zu glänzen. Man warf Briand vor, daß die Energie, mit der er seinerzeit an der Verabschiedung und späterhin an der Durchführung des Gesetzes über die Trennung von Staat und Kirche gearbeitet hat, mehr und mehr nachzulassen begonnen habe; es gab sogar Leute, die an dem ernsten Willen der Regierung, das Gesetz restlos durchzuführen, überhaupt zweifeln wollten. Dieser Zweifel war auch Gegenstand der vorerwähnten Debatte. Es wurde behauptet, daß noch zahlreiche geistliche Orden, ohne von der Regierung zugelassen zu sein, bestünden und entweder auf französischem Gebiet geblieben seinen, oder aber vom Auslande her ihre Ordenstätigkeit fast uneingeschränkt weiter auszuüben verstünden. Der Umstand, daß ein solcher Fall in dem Wahlkreise des Ministerpräsidenten, anscheinend mit gutem Grunde, festgestellt werden konnte, scheint die Situation des Kabinetts besonders schwierig gestaltet zu haben. Gewiß konnte Herr Briand sich damit entschuldigen, daß da, wo Mißgriffe oder Nachlässigkeiten vorgekommen seien, nicht die Regierung, sondern die Gerichte und die mit der Liquidation beauftragten Behörden verantwortlich zu machen wären. Aber er scheint doch nicht imstande gewesen zu sein, die von einem der Antragsteller, dem Abg. Malvy, aufgestellte Behauptung vollständig zu entkräften. Die Kammer hatte aber offenbar erwartet, daß der Ministerpräsident die erhobene Beschwerde ohne jede Einschränkung zurückweisen könnte. Jedenfalls zeigt die geringe Mehrheit, mit der Antrag Malvy abgelehnt wurde, und die noch weit geringere Mehrheit, mit der die von der Regierung empfohlene Tagesordnung schließlich angenommen wurde, daß das Vertrauen der Kammer Briand gegenüber erheblich nachgelassen hat.

Obwohl die 258 Stimmen, die im Sinne des Vertrauensvotums abgegeben wurden, eine reine republikanische Mehrheit darstellen, erscheint der Bestand des zweiten Kabinetts Briand ernstlich gefährdet. Anscheinend will Herr Briand die Stimmungen der bisherigen Regierungsparteien sondieren, ehe er einen endgültigen Entschluß faßt, der natürlich nicht lange hinausgeschoben werden könnte.

—r.

Telegramme.

Straßburg i. Els., 25. Februar. (C. T. C.) Das hiesige Schöffengericht verhandelte heute über die Privatklage der Herren des Statthalterei-Bureaus, Geheimer Regierungsrat Dr. Diethoff, Regierungsrat Cronau, Geheimer Rechnungsrat Scheuermann, sowie des persönlichen Adjutanten des Statthalters Majors v. Donop gegen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" und verurteilte den Chefredakteur dieses Blattes Alois Nießner wegen Vergehens gegen § 186 des Strafgesetzbuchs zu 200 Mk. Geldstrafe sowie zur Tragung der Kosten.

Budapest, 25. Februar. (C. T. C.) Oesterreichische Delegation. In fortgesetzter Beratung des Budgets des Auswärtigen trat Marckhl für den Dreibund ein, dessen Festigkeit allen Versuchen seiner Gegner, die Bedeutung dieser stärksten Friedensgarantie herabzusetzen, widerstehe. Sustersic erklärte, das Bündnis mit Italien, dessen Innigkeit alle Oesterreicher wünschten, dürfe nicht mit innerpolitischen Fragen in Zusammenhang gebracht werden. Redner wandte sich darauf gegen die Angriffe auf den Heiligen Stuhl und sprach die Zuversicht aus, daß es zwischen den beiden feindlichen Lagern der italienischen Bevölkerung zu einem Kompromiß kommen werde, dann erst werde die Einigung Italiens vollständig sein.

Berichterstatter Marquis Bacquehem führte aus, daß nach der Durchführung der Annexion das Bundesverhältnis zum Deutschen Reiche inniger und fester geworden sei und daß auch die Gegner dieses Bundesverhältnisses in den früheren Delegationen sich auf die Grundlage dieses Bündnisses gestellt hätten. Sodann besprach Redner die neben der Bagdadbahn in der jüngsten Zeit aufgetauchten asiatischen Eisenbahnprojekte. Oesterreich könne jede Erweiterung des türkischen Bahnnetzes als Mittel zur wirtschaftlichen Kräftigung der Türkei nur begrüßen. Die Türkei werde selbst prüfen, welche Linie für sie von größtem Interesse sei. Die Beziehungen zu Serbien müßten wieder vertrauensvoller und herzlicher gestaltet werden. Sodann nahm die Delegation unter Ablehnung eines Antrages Stransky auf Streichung des Botschafterpostens beim Vatikan das Budget des Ministeriums des Aeußern an. Ferner wurde eine vom Heeresausschuß bereits angenommene Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, alle auf die Abrüstungsfrage bezüglichen Anregungen nachdrücklichst zu unterstützen und zu fördern, angenommen.

Reykjavik, 25. Februar. (C. T. C.) Der Minister für Island Björn Jonsson hat, nachdem das Althing ein Mißtrauensvotum gegen ihn angenommen, sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Reykjavik, 25. Februar. (C. T. C.) Der Fischereidampfer „Brema" aus Bremerhaven ist am 21. d. Mts. bei Solheimsand gestrandet; von der Besatzung sind sieben Mann umgekommen, unter ihnen alle Offiziere.

Paris, 25. Februar. (C. T. C.) Im Ministerrat erklärte Finanzminister Klotz in Uebereinstimmung mit dem Minister des Aeußern, daß die Verhandlungen über die marokkanische Anleihe so gut wie beendet seien. Kolonialminister Morel teilte mit, daß die gemeldeten Unruhen an der Elfenbein-